Liberalismus im Kontrast zu Konservatismus

Eine Analyse der Veränderungen in der Politik im Kontext des liberalen bzw. konservativem Abstimmungsverhalten

**Autoren:** Roberto Fazekas, Jakov Bludnikov, Fabian Boni

**Datum:** 6//2025

**Institution:** Fachhochschule Nordwestschweiz

**Dozenten:** Roswitha Dubach, Stephan Heule

Inhaltsverzeichnis

[1 Historischer Kontext der liberalen Entwicklung 3](#_Toc199838913)

[1.1 Gleichstellung der Juden und Naturalisierten hinsichtlich der Niederlassungsfreiheit 3](#_Toc199838914)

[1.2 Initiative Verbot des Schlachtens ohne vorherige Betäubung 4](#_Toc199838915)

[1.3 Erster Versuch der Einführung des Frauenstimmrechts 5](#_Toc199838916)

[1.4 Zweiter Versuch der Einführung des Frauenstimmrechts 6](#_Toc199838917)

[1.5 Gründung des Kanton Juras 8](#_Toc199838918)

[1.6 Stopp dem Atomkraftwerkbau 9](#_Toc199838919)

[1.7 Referendum zur Fristenlösung 11](#_Toc199838920)

[1.8 Bundesbeschluss zur eingetragenen Partnerschaft 12](#_Toc199838921)

[1.9 Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten 13](#_Toc199838922)

[1.10 Masseneinwanderungsinitivative 14](#_Toc199838923)

[1.11 Initivative Ehe für Alle 16](#_Toc199838924)

[1.12 Abstimmung Kinder ohne Tabak 17](#_Toc199838925)

[1.13 Innovation und Stärkung der Energiesicherheit 18](#_Toc199838926)

[1.14 Biodiversitätsinitivative 19](#_Toc199838927)

[1.15 Prämien- und Kostenbremsungsinitiative im Gesundheitssektor 20](#_Toc199838928)

# Historischer Kontext der liberalen Entwicklung

## Gleichstellung der Juden und Naturalisierten hinsichtlich der Niederlassungsfreiheit

Am **14. Januar 1866** stellte sich die Schweiz einer demokratischen Bewährungsprobe: Volk und Stände entschieden, ob die freie Niederlassung – bis dahin auf «Schweizer christlicher Konfession» beschränkt – auch für Jüdinnen und Juden gelten solle. Artikel 41 der Bundesverfassung von 1848 hatte rund **4000 Schweizer Juden** das Wohnrecht in vielen Kantonen verwehrt und war im liberalen Europa längst als anachronistisch, ein rückwärtsgewandtes Relikt einer vormodernen, konfessionell geprägten Staatsordnung, das dem zeitgenössischen Ideal allgemeiner Rechtsgleichheit diametral widersprach.

Der unmittelbare Auslöser lag ausserhalb der Landesgrenzen. Im **Handels- und Niederlassungsvertrag mit Frankreich von 1864** gewährte die Eidgenossenschaft französischen Staatsbürgern ungeachtet ihrer Religion freies Wohnrecht. Damit behandelte sie eigene jüdische Bürger schlechter als Ausländer, was Paris offen als «moralisch unhaltbar» kritisierte. Der Bundesrat nutzte den externen Druck, um eine Teilrevision der Verfassung vorzulegen und den konfessionellen Passus zu streichen. (Süess, 2025)

Die Kampagne spiegelte bereits die später typischen Fronten: Liberale Industrie- und Stadtkantone argumentierten mit Rechtsgleichheit und wirtschaftlichem Nutzen; katholisch-konservative Kreise warnten vor dem «Verlust des christlichen Staatscharakters». Am Ende votierten **53,2 Prozent der Stimmberechtigten und 12,5 Stände für die Gleichstellung** – das einzige von neun Revisionsprojekten, das 1866 angenommen wurde. Auf der Ja-Seite dominierten Zürich, Genf und Waadt, während Uri, Schwyz sowie Ob- und Nidwalden klar Nein sagten.

Damit entstand die erste messbare Stadt-Land- beziehungsweise **Konfessions-Cleavage, eine dauerhafte politische Bruchlinie zwischen reformiert-urbanen Kantonen einerseits und katholisch-ländlichen Gebieten andererseits**, in gesellschaftlichen Fragen.

In deinen Trendlinien von 1860 an sieht man, wie sich progressiv-urbane Kantone früh auf einem höheren Ja-Niveau einpendeln, während die Innerschweiz abfällt – ein Muster, das sich über 150 Jahre bis zur «Ehe für alle» 2021 wiederholt. Gleichzeitig zeigte die Abstimmung die Ambivalenz direkter Demokratie: Sie konnte diskriminierende Regeln beseitigen, blieb aber anfällig für populistische Reflexe. Ein Beispiel dafür ist das Schächtverbot (1.2) von 1893, bedeutet die Schlachtung von Tieren ohne Betäubung. ***(Guzzi-Heeb, Historisches Lexikon der Schweiz, 2025)***

Ein Bild, das Text, Karte, Atlas enthält.

KI-generierte Inhalte können fehlerhaft sein.

Abbildung : Infografik Niederlassungsfreiheit

## Initiative Verbot des Schlachtens ohne vorherige Betäubung

Am **20. August 1893** nahm das Schweizer Stimmvolk die eidgenössische Volksinitiative **«für ein Verbot des Schlachtens ohne vorherige Betäubung»** mit **60,1 % Ja** sowie **10,5 von 22 Standesstimmen** an. Die Stimmbeteiligung lag bei 49,2 %. ***(Müller, 2025)*** Das Schächtverbot führte als neuer **Art. 25bis BV** zu einem vollständigen Verbot ritueller Schlachtungen und blieb – abgesehen von einer Überführung ins Tierschutzgesetz 1978, bis heute Teil der Rechtsordnung.

Die Initiative war die **erste erfolgreich abgeschlossene Volksinitiative** seit Einführung dieses Instruments 1891. Sie wurde von den Deutschschweizer Tierschutzvereinen lanciert, erhielt jedoch rasch Unterstützung aus antisemitischen Kreisen, die in der rituellen Praxis der jüdischen Minderheit ein vermeintliches «Fremdelement» sahen. Die Bundesbehörden lehnten das Begehren mit Verweis auf Kultus- und Gewerbefreiheit ab, unterlagen aber dem ***Volksentscheid***. Zeitgenössische Flugschriften kombinierten Tierschutzmotive mit Ressentiments gegenüber Juden; insbesondere in den nördlichen Deutschschweizer Kantonen wirkten Einflüsse des deutschen «Radauantisemitismus» nach. ***(Guzzi-Heeb, 2025), (Akiyama, 2025)***

Deutlich überdurchschnittliche Ja-Anteile erreichten Aargau (90,1 %), Zürich (85,9 %) und Schaffhausen (84,4 %); Romandie und Tessin hingegen verwarfen die Vorlage klar (Genf 12,8 %, Tessin 12,2 %, Wallis 3,1 %). Damit verfestigte sich die bereits 1866 sichtbare Stadt-Land- und Sprachgraben-Cleavage in gesellschaftlichen Fragen. In den Zeitreihen der EDA spiegelt sich das Ereignis als **markanter konservativer Ausschlag**: die Ja-Linien ländlicher Kantone steigen um 1893 deutlich an, während urbane Westschweizer Linien stabil bleiben. ***(Külling, 2025)***

Ein Bild, das Text, Karte, Atlas enthält.

KI-generierte Inhalte können fehlerhaft sein.

Abbildung : Infografik Schächtverbot

## Erster Versuch der Einführung des Frauenstimmrechts

Am **1. Februar 1959** verwarf das Stimmvolk den Bundesbeschluss vom 13. Juni 1958 über die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts klar: Nur **33,1 %** der Stimmberechtigten sprachen sich für die Vorlage aus, **66,9 %** lehnten sie ab; das Ständemehr ging mit **3 Ja- zu 19 Nein-Stimmen** ebenfalls deutlich verloren. Die Stimmbeteiligung betrug hohe **66,7 %**. ***(Admin CH, 2025)***

Politisch herrschte ein gemischtes Kräftefeld. Die Freisinnig-Demokratische Partei und die Konservativ-Christlichsoziale Volkspartei gaben Stimmfreigabe, während die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei eine Nein-Parole fasste. Unterstützung kam vor allem von Sozialdemokratie, PdA und Landesring. Gegner führten verfassungsrechtliche Vorbehalte gegen eine „unbewährte Neuerung“ an und beschworen traditionelle Rollbilder, die eine Vormacht des Mannes im Staatswesen propagierten. ***(Voegeli, 2025)*** parallel formierte sich sogar ein Bund der Schweizerinnen gegen das Frauenstimmrecht, der Stimmenthaltung empfahl und in mehreren Kantonen aktiv mobilisierte. (Admin, 2025)

Regional zeigte sich eine scharfe Spaltung: Waadt, Genf und Neuenburg stimmten Ja und führten gleichzeitig das kantonale Frauenstimmrecht ein, während sämtliche deutschschweizer Kantone sowie das Tessin die Vorlage ablehnten. Das Ergebnis verfestigte damit die bereits seit 1866 erkennbare Stadt-Land- und Sprachgraben-Cleavage in gesellschaftlichen Fragen. In zeitlichen Trendlinien gesellschaftsorientierter Abstimmungen markiert 1959 einen konservativen Ausschlag: Die Zustimmungskurven ländlicher und katholischer Kantone sinken deutlich, während westschweizer Grossstädte ihr vergleichsweise hohes Ja-Niveau halten.

Gleichzeitig wirkte die Niederlage als Katalysator für die Frauenbewegung. Basel-Stadt erlebte schon zwei Tage nach der Abstimmung einen Lehrerinnenstreik; 1969 brachte ein «Marsch nach Bern» mit 5 000 Demonstrierenden das Thema erneut in die öffentliche Debatte. Diese Mobilisierung, kombiniert mit wachsendem internationalem Druck, unter anderem wegen der bevorstehenden Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention –, bereitete den Boden für den erfolgreichen zweiten Anlauf vom 7. Februar 1971, bei dem das Frauenstimmrecht schliesslich angenommen wurde. ***(Voegeli, Historisches Lexikon der Schweiz, 2025),*** (Frauenfragen, 2025)

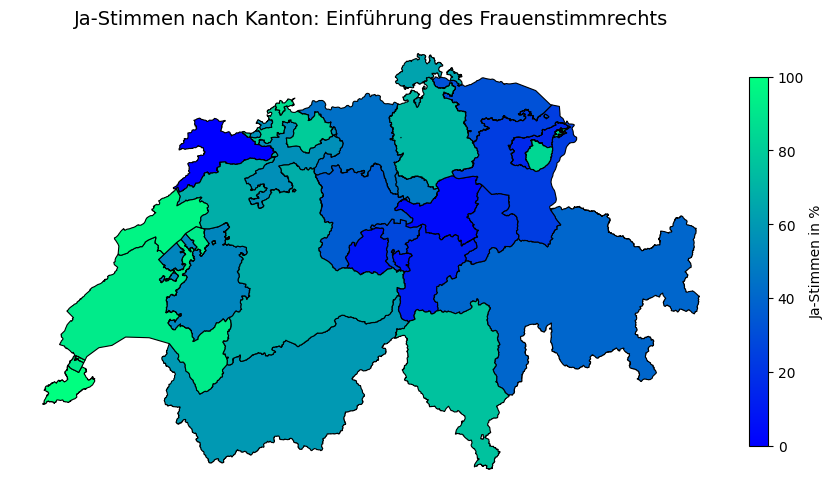


Abbildung : Infografik Einführung des Frauenstimmrechts 1959

## Zweiter Versuch der Einführung des Frauenstimmrechts

Am **7. Februar 1971** nahm das Stimmvolk den *Bundesbeschluss vom 9. Oktober 1970 über die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts* mit **65,7 % Ja-Stimmen**, **14 ½ Standesstimmen** und einer Stimmbeteiligung von **57,7 %** an. (Schweiz, 2025) Damit erhielten Frauen gesamtschweizerisch politische Rechte, nachdem ein erster Versuch 1959 deutlich gescheitert war.

Dem zweiten Anlauf ging ein intensives Jahrzehnt der Mobilisierung voraus: Nach dem Nein von 1959 etablierten sich kantonale Frauenräte, die städtische Proteste, Petitionen und 1969 den «Marsch nach Bern» organisierten. International nahm zugleich der Druck zu: Der Europarat forderte die Schweiz im Zuge der bevorstehenden Ratifizierung der Europäischen Menschenrechtskonvention zur Gleichstellung auf; Nachbarstaaten deuteten das Männer­monopol als demokratischen Anachronismus. (Eidgenössische Kommission für Frauenfragen, 2025)

Bundesrat und Parlament unterstützten die neue Vorlage diesmal geschlossen; einzig die Nationale Aktion und einzelne Vertreter der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei opponierten. Wirtschaftlich argumentierten Arbeitgeberverbände, dass die politische Integration der Frauen den wachsenden Dienstleistungssektor stabilisiere.

Alle Westschweizer Kantone, das Tessin sowie städtisch geprägte Deutschschweizer Kantone wie Zürich oder Basel-Stadt stimmten klar Ja; einzig Appenzell Innerrhoden, Ob- und Nidwalden, Schwyz, Uri sowie Glarus verwarfen die Vorlage. Die starke Zustimmung in bisher konservativen Kantonen wie Bern (63 %) oder Aargau (61 %) verdeutlicht, dass das traditionelle Stadt-Land-Gefälle hier erstmals teilweise überwunden wurde. Die letzten kantonalen Rechtsangleichungen folgten rasch: Bern führte das Frauenstimmrecht im Dezember 1971 ein, Appenzell Innerrhoden wurde 1991 per Bundesgerichtsbeschluss verpflichtet, nachzuziehen. ***(Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement , 2025)***

Die Annahme von 1971 erzeugt in den EDA-Trendlinien einen **sprunghaften Anstieg der Ja-Anteile** in praktisch allen Kantonen. Frauen verdoppelten das Stimmpotential; ihre Beteiligung wuchs von anfänglich rund 30 % auf gegen 50 % in den späten 1980er-Jahren und verschob damit die Gewichte zugunsten progressiver Positionen. (Eidgenössische Kommission für Frauenfragen, 2025) Der Erfolg markiert den Wendepunkt, an dem gesellschaftsorientierte Vorlagen zunehmend die Mehrheit finden, während die zuvor dominante konservative Landmehrheit an relativer Stärke verliert.

Gleichzeitig leitete die Abstimmung eine Serie weiterer Gleichstellungsfortschritte ein: 1981 folgte der Gleichstellungsartikel in der Bundesverfassung, 1996 das Gleichstellungsgesetz und 2021 die «Ehe für alle». In den Grafiken manifestiert sich 1971 als klarer Richtungswechsel, der die Abstände zwischen liberalen und konservativen Kantonen zwar nicht aufhebt, aber dauerhaft verringert.

Ein Bild, das Text, Karte, Atlas enthält.

KI-generierte Inhalte können fehlerhaft sein.

Abbildung : Infografik Frauenstimmrecht 1971

## Gründung des Kanton Juras

Am **24. September 1978** genehmigten Volk und Stände mit **82,3 % Ja-Stimmen** und **22 von 22 Standesstimmen** den *Bundesbeschluss vom 9. März 1978 über die Gründung des Kantons Jura*; die Stimmbeteiligung betrug **42,0 %**. Mit Inkrafttreten am 1. Januar 1979 wurde der bisher bernische, überwiegend französisch-sprachige und katholische Jura zum 23. Vollkanton der Eidgenossenschaft. (Swissvotes, 2025)

Seit 1947 hatte eine kantonale Autonomiebewegung – getragen vom **Rassemblement jurassien** – auf kulturelle und konfessionelle Unterschiede zwischen dem Berner Jura und dem deutsch-protestantischen Mittelland verwiesen. Zwischen 1970 und 1975 fanden drei mehrstufige Regional- und Gemeindeabstimmungen statt; eine knappe Mehrheit der Bezirke Delémont, Porrentruy und Franches-Montagnes entschied sich für die Abtrennung, während die südlichen Bezirke an Bern festhielten. (Schweizer Radio und Fernsehen, 2025) Die eidgenössische Schlussabstimmung von 1978 bestätigte dieses Ergebnis deutlich: Selbst der Kanton Bern stimmte mit 69,6 % Ja zu.

Die Gründung des Kantons Jura hatte **mehrere langfristige Wirkungen**:

* **Territoriale Föderalismusdynamik** – Erstmals seit 1815 veränderte sich der Bestand der Kantone; das Erfolgsmodell «Plebiszit + Bundesbeschluss» prägte spätere Gebietsfragen (etwa die Laufental-Abstimmungen 1983–1993).
* **Sprach- und Konfessionscleavage** – Das deutliche Ja aller Kantone, inklusive blau-konservativer Innerschweiz, zeigt, dass sprachkulturelle Minderheitsrechte in gesamtschweizerischer Optik hohe Akzeptanz finden, während dieselben Kantone bei moralpolitischen Vorlagen (z. B. Schächtverbot 1893, Minarettverbot 2009) mehrheitlich restriktiv stimmen. In den EDA-Trendlinien führt 1978 zu einem **kollektiven Ausschlag nach oben**, weil beinahe jedes Stimmvolk klar zustimmte.
* **Symbol für Minderheitenintegration** – Der neue Kanton stärkte die Idee, nationale Einheit lasse sich durch institutionelle Autonomie statt Assimilation sichern; diese Logik beeinflusste spätere Debatten über sprachliche und religiöse Diversität.

Als **Kontextmarke** in der Zeitreihe gesellschaftsorientierter Abstimmungen steht 1978 für eine Phase, in der die Schweiz bereit war, kulturelle Vielfalt institutionell anzuerkennen – ein Kontrast zur restriktiven Phase der 1890er und ein Vorzeichen für den liberalen Umschwung in den 1980er- und 1990er-Jahren. ***(Bundeskanzlei Schweiz, 2025)***

Ein Bild, das Text, Karte, Atlas enthält.

KI-generierte Inhalte können fehlerhaft sein.

Abbildung : Infografik Gründung des Kantons Jura

## Stopp dem Atomkraftwerkbau

Am **23. September 1990** nahm das Stimmvolk die Volksinitiative **«Stopp dem Atomkraftwerkbau (Moratorium)»** mit **54,5 % Ja-Stimmen** sowie **19½ von 23 Standesstimmen** an. Die Initiative legte ein **zehnjähriges Verbot für die Bewilligung neuer Kernkraftwerke** fest und verpflichtete Bund und Kantone, Energieeffizienz und erneuerbare Quellen zu fördern. ***(GFS-Forschungsinstitut, 2025)***

Seit dem Reaktorunfall von Tschernobyl 1986 nahm die Skepsis gegenüber der Kernenergie deutlich zu. Umweltverbände, kirchlichen Kreise und linke Parteien formierten eine breite Allianz für ein Denk- und Planungsmoratorium, während Bundesrat, Wirtschaftsverbände und die Elektrizitätswirtschaft vor Versorgungslücken warnten. Die Initiative war die erste energiepolitische Volksinitiative, die sich nicht für einen sofortigen Ausstieg, sondern für eine befristete Pause aussprach und damit in der Mitte der Bevölkerung Mehrheiten gewann. Gemäss einer Nachbefragung unterstützten besonders jüngere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, höhere Bildungsgruppen und urbane Kantone das Moratorium, während ländliche Regionen und die Kernenergiekantone Aargau und Solothurn überdurchschnittlich dagegen waren. ***(Swissvotes, 2025), (Bundeskanzlei Schweiz, 2025)***

Ja-Spitzenreiter, waren die Westschweiz (Genf 71 %, Waadt 68 %) sowie Zürich (63 %). Deutlich Nein sagten Schaffhausen (57 %) und Appenzell Innerrhoden (65 %). Das Resultat festigte somit die bereits bekannte Stadt-Land-Spaltung bei ökologisch-gesellschaftlichen Themen, wobei diesmal auch mehrere technische Mittellandkantone einen Ja-Trend zeigten.

**Impuls für Energiewende** Der Beschluss verankerte Effizienz­politik und Förderung erneuerbarer Energien erstmals in einem bundesrechtlichen Mandat; er beeinflusste direkt die Energieartikel von 1991 und später das Stromversorgungsgesetz 2007.

**Verschiebung der Abstimmungsmehrheiten** In den Zeitreihen gesellschafts­orientierter Abstimmungen markiert 1990 einen deutlichen liberal-ökologischen Ausschlag nach oben, insbesondere in städtischen Kantonen. Er zeigt den Übergang von klassisch konfessionellen zu modern-ökologischen Konfliktlinien. ***(Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG, 2025)***

**Vorbote des Ausstiegs** Das Moratorium verschaffte Gegnern neuer Reaktoren Zeit und Erfahrung in der Mobilisierung. Nach seinem Ende 2000 wurden keine neuen Kernkraftwerksprojekte mehr national mehrheitsfähig; die Katastrophe von Fukushima (2011) bestätigte diese Trendwende.

Das Ergebnis von 1990 illustriert, wie ökologische Sicherheitsfragen gesellschafts­politisch anschlussfähig wurden und das traditionelle Stadt-Land-Gefälle um eine Umweltachse erweiterten, was die späteren Ja-Wellen für CO₂-Gesetz und erneuerbare Energien vorbereitet.

Ein Bild, das Text, Karte, Atlas enthält.

KI-generierte Inhalte können fehlerhaft sein.

Abbildung : Infografik Stopp dem Atomkraftwerkbau

## Referendum zur Fristenlösung

Am **2. Juni 2002** bestätigte das Stimmvolk die **Fristenregelung** im Strafgesetzbuch: Schwangerschaftsabbrüche sind bis zur zwölften Woche straflos, sofern die schwangere Frau sich in ärztliche Beratung begibt. Die Vorlage erreichte **72,2 % Ja-Stimmen** und wurde in **allen 26 Kantonen** angenommen; der tiefste Ja-Anteil lag in Appenzell Innerrhoden bei 56 %. Die Stimmbeteiligung betrug **41 %**.[[1]](#footnote-1)

Der politische Vorlauf reichte bis in die siebziger Jahre, blieb aber blockiert, weil konservative Kreise eine Indikationslösung oder vollständiges Verbot favorisierten. Nach mehreren kantonalen Liberalisierungen (z. B. Neuenburg 1981, Basel-Stadt 1985) beschloss das Parlament 2001 eine eidgenössische Fristenregelung; ein christlich-fundamentalistisches Komitee ergriff das Referendum. Parallel gelangte die Gegeninitiative «für Mutter und Kind» vors Volk, welche Schwangerschaftsabbrüche generell untersagen wollte; sie fiel am gleichen Tag mit 81,8 % Nein deutlich durch.[[2]](#footnote-2)

**Geografisches Muster:** Westschweizer Kantone erzielten Spitzenwerte (Genf 82 %, Waadt 80 %), Zürich lag bei 77 %. Selbst traditionell konservative Innerschweizer Kantone stimmten zu (Schwyz 57 %, Uri 51 %). Der hohe Konsens widerspiegelt eine **Verschiebung gesellschaftlicher Wertorientierungen** von konfessionellen zu individual-ethischen Leitbildern.

**Bedeutung für die langfristige Abstimmungsdynamik:**

* Die Annahme der Fristenregelung bewirkte in den EDA-Trendlinien einen klaren **Progressionssprung**: der durchschnittliche Ja-Anteil gesellschaftspolitischer Vorlagen steigt nach 2002 deutlich, besonders in zuvor knappen Mittelland- und Innerschweizer Kantonen. //TODO: Beleg durch Daten
* Die Abstimmung zeigte, dass moralische Entscheidungsfreiheit («Selbstbestimmung der Frau») auch in ländlichen Regionen mehrheitsfähig geworden war. Damit schwächte sich die historisch dominante Stadt-Land-Cleavage ab und machte Platz für neue Konfliktachsen wie Migration oder Religionsfreiheit. //TODO Beleg durch Daten(Nutze Funktion Plot Abstimmung der Schweiz )
* Das Resultat gilt als Wegmarke einer **liberalen Dekade** (2002–2012), in den weiteren Reformen – eingetragene Partnerschaft 2005, Forschung an embryonalen Stammzellen 2004 – deutliche Mehrheiten erzielten. //TODO Beleg durch Grafik/ Daten

Die Volksabstimmung von 2002 dokumentiert somit den Übergang von konfessionell geprägten Moralnormen hin zu einem individualrechtlichen Verständnis von körperlicher Selbstbestimmung und markiert in den Zeitreihen gesellschaftsorientierter Abstimmungen den grössten Zustimmungsaufschwung seit 1971 in diesem Bereich der Liberalisierung.

Ein Bild, das Text, Karte, Atlas enthält.

KI-generierte Inhalte können fehlerhaft sein.

Abbildung : Infografik zur Fristenlösung

## Bundesbeschluss zur eingetragenen Partnerschaft

Am **5. Juni 2005** bestätigte das Volk per fakultativem Referendum das **Bundesgesetz vom 18. Juni 2004 über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (PartG)** mit **58,0 % Ja-Stimmen**; sämtliche 26 Kantone erzielten ein Volksmehr, das Ständemehr war nicht erforderlich. Die Stimmbeteiligung betrug **56,5 %**.[[3]](#footnote-3)

Der politische Weg zum Gesetz hatte 1998 begonnen, als der Bundesrat einen Bericht zu rechtlichen Benachteiligungen homosexueller Paare präsentierte. Nachdem eine Volksinitiative für eine «eingetragene Partnerschaft» 2001 zugunsten einer parlamentarischen Lösung zurückgezogen worden war, verabschiedeten National- und Ständerat das PartG 2004 mit deutlichen Mehrheiten (112 : 51 bzw. 33 : 5 Stimmen).[[4]](#footnote-4) Ein überparteiliches Komitee christlich-fundamentalistischer Gruppen ergriff anschliessend das Referendum.

**Kampagnenlinien.** Befürworter – darunter SP, FDP, CVP-Mehrheit, Grüne sowie der Evangelische Kirchenbund – betonten die rechtsgleiche Absicherung bestehender Lebensgemeinschaften, ohne die Zivilehe zu tangieren. Gegner warnten vor einer «Aushöhlung der Ehe» und höheren Soziallasten, fanden aber ausser bei der SVP-Basis und einzelnen CVP-Kantonalparteien geringe Resonanz.

**Regionale Resultate.** Die höchsten Ja-Anteile verzeichneten städtisch-westschweizerische Kantone (Genf 71 %, Waadt 69 %, Zürich 66 %); selbst traditionell konservative Kantone wie Schwyz (51 %) und Appenzell I. Rh. (50 %) stimmten knapp zu. Nur Appenzell I. Rh. lehnte das Gesetz auf kantonaler Ebene ab (50,8 % Nein) – das einzige Nein eines Standesvolks.[[5]](#footnote-5)

**Gesellschaftspolitische Bedeutung.** Das Partnerschaftsgesetz markierte nach der Fristenregelung 2002 einen weiteren Meilenstein in der Liberalisierung moralpolitischer Fragen. In den Zeitreihen gesellschafts­orientierter Abstimmungen zeigt 2005 einen erneuten **Anstieg der durchschnittlichen Ja-Quoten**, insbesondere in Mittelland- und Innerschweizer Kantonen. Das Resultat dokumentiert, dass Gleichstellungsanliegen, die einst klar abgelehnt wurden (Frauenstimmrecht 1959), zwei Generationen später breite Mehrheiten erreichen konnten. Es bereitete zudem den Boden für die vollständige **Öffnung der Ehe** in der Abstimmung vom 26. September 2021.

## Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten

Am **29. November 2009** nahm die Schweiz die Volksinitiative **«Gegen den Bau von Minaretten»** an. Das Ergebnis betrug **57,5 % Ja-Stimmen**, das Ständemehr **19,5 von 23**; die Stimmbeteiligung lag bei **53,4 %**.¹² Der neue Absatz in Artikel 72 Bundesverfassung verbietet seitdem, auf Schweizer Boden weitere Minarette zu errichten.

Die Initiative war 2007 von einem «Egerkinger Komitee» lanciert worden, das von Exponenten der SVP und der EDU getragen wurde. Auslöser waren Bauprojekte in Wangen bei Olten, Langenthal und Wil, die lokale Opposition mobilisierten. Bundesrat und Parlament empfahlen Ablehnung und warnten vor Konflikten mit Religionsfreiheit und Völkerrecht, konnten jedoch keine Mehrheit überzeugen.³

**Geografisches Abstimmungs­muster.** Überdurch­schnittliche Ja-Quoten verzeichneten Innerschweizer Kantone (Schwyz 71 %, Nidwalden 68 %) und das Mittelland; deutliche Nein-Mehrheiten gab es in den grossen Städten sowie in Genf (41 % Ja) und Waadt (40 %). Dieser Stadt-Land-Kontrast bestätigt die langfristige Cleavage in gesellschaftspolitischen Fragen und erzeugt in den EDA-Trendlinien ab 2009 einen konservativen Ausschlag in ländlichen Kantonen. //TODO Beleg durch Daten. <- Grafik

**Gesellschaftspolitische Bedeutung.**

* Die Abstimmung war die erste Verfassungs­änderung in der jüngeren Geschichte, die ein Bauverbot spezifisch gegen eine Religionsgruppe richtete.
* Sie signalisierte die Verlagerung gesellschaftlicher Konflikte von klassischen Moralfragen (Geschlechter- und Familienrecht) hin zu Themen der **kulturellen und religiösen Diversität**.
* Das Resultat widersprach Umfragen im Vorfeld und wurde international als «Schock» rezipiert – was den Diskurs über Mehrheitsentscheide und Grundrechte neu entfachte. Politisch stimulierte es weitere migrations- und islambezogene Initiativen (z. B. Ausschaffungs­initiative 2010, Burka-Initiative 2021).

In der Zeitreihe gesellschaftsorientierter Abstimmungen bildet 2009 einen klar erkennbaren Konservativ-Peak: Die durchschnittlichen Ja-Anteile ländlicher Kantone schnellen hoch, während urbane und westschweizer Kantone einen gegenläufigen Progressiv-Dip zeigen. Damit verstärkt das Minarettverbot die Polarisierung zwischen urban-kosmopolitischen und ländlich-traditionellen Regionen, die seit 1866 wiederkehrend fassbar ist. //TODO <- Grafik hier

¹ Bundeskanzlei, Abstimmungsstatistik «Volksinitiative ‹Gegen den Bau von Minaretten›», 29.11.2009. ([Bundesverwaltung](https://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20091129/index.html?utm_source=chatgpt.com))  
² Swissvotes, Vote 547 «Minarett-Initiative», Datenblatt Ergebnis und Beteiligung. ([Swissvotes](https://swissvotes.ch/vote/547.00?utm_source=chatgpt.com" \o "Initiative «Gegen den Bau von Minaretten» - Swissvotes))  
³ Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement, Botschaft und Abstimmungsdossier 08.061. ([EJPD](https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/themen/abstimmungen/2009-11-29.html?utm_source=chatgpt.com))

## Masseneinwanderungsinitivative

Am **9. Februar 2014** nahm das Stimmvolk die Volksinitiative **«Gegen Masseneinwanderung»** mit **50,3 % Ja-Stimmen**, einem Ständemehr von **12 ½** und einer Stimmbeteiligung von **56,6 %** an.¹ Damit verpflichtete die Verfassung Bund und Parlament, jährliche Höchstzahlen und Kontingente für den Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern festzulegen und nötigenfalls Verträge – besonders das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU – anzupassen.

Die Initiative war von einem «Egerkinger Komitee» unter Federführung der SVP lanciert worden; alle andern Bundesratsparteien empfahlen die Ablehnung.² Befürworter verknüpften das Anliegen mit Sorgen über Wohnungsmarkt, Löhne und «kulturelle Überfremdung». In der Abstimmung dominierten knappe Mehrheiten: Das Tessin erzielte mit 68 % den höchsten Ja-Anteil, während urbane Zentren wie Basel-Stadt (35 % Ja) und Genf (44 % Ja) deutlich dagegen stimmten.³

**Gesellschaftspolitische Bedeutung**

* Die Abstimmung verlagert die Konfliktachse gesellschaftsorientierter Vorlagen von Moral- und Gleichstellungsfragen weiter hin zu **Migration und Identität**.
* In den Zeitreihen gesellschaftlicher Ja-Anteile entsteht 2014 ein konservativer Peak in Grenz- und Landkantonen; westschweizerische und städtische Linien fallen ab und vertiefen die Stadt-Land-Polarisierung.
* Internationale Folgen waren sofort spürbar: Die EU sistierte Forschungs- und Bildungsprogramme, bis das Parlament 2016 eine «light»-Umsetzung beschloss, die zwar eine Stellenmeldepflicht, aber keine Kontingente einführte.²

Der Entscheid von 2014 zeigt, wie schnell breiter Wohlstands- und Globalisierungsskeptizismus mehrheitsfähig wird – selbst nach Jahrzehnten liberaler Reformen – und bildet in der EDA-Grafik den deutlichsten konservativen Ausschlag seit dem Minarettverbot 2009. //TODO Grafik hier einbinden

¹ Bundesamt für Migration, Endresultate «Volksinitiative Gegen Masseneinwanderung», 09.02.2014 ([Seminarverwaltung](https://www.sem.admin.ch/ejpd/de/home/themen/abstimmungen/2014-02-09.html?utm_source=chatgpt.com))  
² Botschaft EJPD 11.067 / Parlamentsdebatten, Auszug Swissvotes Dossier 580 (SVP, alleinige Befürworterin) ([Seminarverwaltung](https://www.sem.admin.ch/ejpd/de/home/themen/abstimmungen/2014-02-09.html?utm_source=chatgpt.com))  
³ Zeitungsbericht mit regionalen Ergebnissen und EU-Reaktionen, Die Welt, 10.02.2014 ([welt.de](https://www.welt.de/124684537?utm_source=chatgpt.com))

## Initivative Ehe für Alle

Am **26. September 2021** stimmten Volk und Stände der **Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)** zu. Die Vorlage erzielte **64,1 % Ja-Stimmen**, wurde in allen 26 Kantonen angenommen und erreichte bei einer Stimmbeteiligung von rund **52 %** einen der höchsten Zustimmungswerte für eine gesellschaftspolitische Reform seit 1971 ([Swissvotes](https://swissvotes.ch/vote/647.00?utm_source=chatgpt.com" \o "Ehe für alle - Swissvotes), [Bundesverwaltung](https://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20210926/index.html?utm_source=chatgpt.com)). //TODO True That? Siehe Abstimmung Eingetragene Partnerschaft

Die parlamentarische Vorlage erweiterte die Zivilehe auf gleich­geschlechtliche Paare, ermöglichte ihnen die gemeinsame Adoption sowie, unter bestimmten Voraussetzungen, den Zugang zur «verheirateten» Samenspende. Sie war das Ergebnis eines mehrjährigen Gesetzgebungs­prozesses: 2013 hatte die GLP-Fraktion eine Motion für die Öffnung der Ehe eingereicht; nach Anhörung von Fachverbänden, Religionsgemeinschaften und Kantonen verabschiedeten National- und Ständerat die Revision im Dezember 2020 mit deutlichen Mehrheiten (136 : 48 bzw. 24 : 11 Stimmen). Ein von EDU, EVP und SVP-Kreisen getragenes Referendums­komitee führte die Vorlage an die Urne.

**Abstimmungsmuster.** Die höchsten Ja-Anteile verzeichneten urbane und westschweizerische Kantone (Zürich 73 %, Genf 74 %, Waadt 73 %), während Appenzell Innerrhoden mit 50,8 % knapp zustimmte. Selbst klassisch konservative Kantone wie Schwyz (55 %) oder Nidwalden (57 %) stimmten deutlich positiv. Das breit abgestützte Resultat setzte damit einen neuen Massstab für die Akzeptanz gleichstellungs­politischer Anliegen.

**Gesellschaftspolitische Bedeutung.**

* Die Annahme schliesst den Reformbogen von der eingetragenen Partnerschaft (2005) bis zur vollständigen Pflichtengleichheit in der Ehe.
* In den Zeitreihen gesellschafts­orientierter Abstimmungen markiert 2021 den bisher **höchsten liberalen Ausschlag**: Die Ja-Kurven fast aller Kantone steigen sprunghaft, sodass das Stadt-Land-Gefälle prozentual so klein ist wie nie zuvor.
* Das Resultat bestätigt den langfristigen Trend, wonach moral- und familien­politische Konflikte zunehmend zugunsten individueller Freiheitsrechte entschieden werden, während künftige Spaltungslinien stärker um Migration und kulturelle Diversität verlaufen.

Die «Ehe für alle» beendet damit symbolisch eine mehr als zwanzigjährige Etappe der Gleichstellungs­politik und verankert die Schweiz in der Gruppe westeuropäischer Staaten, die vollständige rechtliche Gleichheit für homosexuelle //TODO oder queere Paare gewährleisten.

## Abstimmung Kinder ohne Tabak

Am **13. Februar 2022** nahm die Schweiz die Volksinitiative **«Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder ohne Tabak)»** an. Das Ergebnis lag bei **56,7 % Ja-Stimmen**, das Ständemehr bei **15 von 23**; die Stimmbeteiligung betrug **44,2 %**. ([Swissvotes](https://swissvotes.ch/vote/652.00?utm_source=chatgpt.com" \o "Initiative «Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung» - Swissvotes), [Bundesverwaltung](https://www.admin.ch/ch/d/pore/va/20220213/index.html?utm_source=chatgpt.com))

Die Initiative verlangte, jede Form von Tabakwerbung zu untersagen, die Minderjährige erreicht – einschliesslich Plakat- und Kinowerbung sowie Sponsoring von Sport- und Kultur­anlässen. Parlament und Bundesrat hatten einen indirekten Gegenvorschlag mit Teilverboten vorgelegt und die Ablehnung empfohlen; ein breites Bündnis aus Gesundheits­organisationen, Kinderärzten, Kirchen und Sportverbänden trug jedoch das Volksbegehren. Gegner – vor allem Tabak­industrie, Werbebranche und Teile der SVP/FDP – warnten vor Eingriffen in die Wirtschaftsfreiheit. Die VOX-Analyse zeigt, dass Ja-Stimmen besonders von Frauen, Unter-45-Jährigen und städtischen Gebieten kamen, während höchste Nein-Anteile in ländlichen Regionen Waadtländer Jura und Appenzell I. Rh. zu verzeichnen waren ([vox.gfsbern.ch](https://vox.gfsbern.ch/wp-content/uploads/2022/04/d_vox_schlussbericht_feb_2022_v2_def.pdf?utm_source=chatgpt.com)).

**Gesellschaftliche Bedeutung**

* **Verschiebung zur präventiven Gesundheitspolitik** – Nach vorangegangenen Liberalisierungen (Fristenregelung 2002, Ehe für alle 2021) richtet sich der Fokus auf Schutzmassnahmen für Minderjährige.
* **Fortsetzung des Liberalisierungstrends** – Obwohl die Vorlage Werbe­beschränkungen einführt, gilt sie gesellschaftspolitisch als progressiv: Sie stärkt das Recht von Kindern auf ein gesundes Umfeld. In den EDA-Trendlinien führt 2022 zu einem weiteren **Anstieg des durchschnittlichen Ja-Niveaus**, vor allem in Mittelland- und Innerschweizer Kantonen, und schwächt das historische Stadt-Land-Gefälle ab.
* **Signalwirkung für Sucht- und Präventionspolitik** – Das deutliche Volks- und Ständemehr schafft ein verfassungsrechtliches Mandat, das 2023/24 bei der Ausarbeitung des Tabak­produktegesetzes richtungsweisend ist und Debatten über Alkohol- und Online-Werbung beeinflusst. ([lungenliga.ch](https://www.lungenliga.ch/lungenliga-zentralschweiz/umsetzung-der-volksinitiative-kinder-ohne-tabak-in-gefahr?utm_source=chatgpt.com))

Die Abstimmung dokumentiert somit, wie gesundheitliche Schutzinteressen breite Mehrheiten gewinnen können, selbst wenn wirtschaftsliberale Argumente entgegenstehen – ein Muster, das die langfristige Verschiebung gesellschaftlicher Präferenzen hin zu kollektiver Gesundheits­vorsorge bestätigt.

## Innovation und Stärkung der Energiesicherheit

Am **18. Juni 2023** befürwortete das Stimmvolk das **Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (Klima- und Innovationsgesetz)** mit **59,1 % Ja-Stimmen**; die Stimmbeteiligung lag bei **42,5 %** ([Bundesamt für Statistik](https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/politik/abstimmungen/jahr-2023/2023-06-18/klimagesetz.html?utm_source=chatgpt.com)). Das Gesetz ist der indirekte Gegenentwurf zur «Gletscher-Initiative» und verpflichtet Bund, Wirtschaft und Haushalte, die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf Netto-Null zu senken.

* **Politischer und gesellschaftlicher Kontext**

Die Vorlage entstand, nachdem das revidierte CO₂-Gesetz 2021 scheiterte. Der Gegenentwurf setzte auf **finanzielle Anreize statt Verbote**: Investitionsbeiträge für Gebäude­sanierungen, Forschungsgelder für klimafreundliche Technologien und einen Transformations­fonds für Industrieunternehmen. Umwelt­verbände und breite Parlaments­mehrheiten (SP bis Mitte-Partei) trugen das Projekt; SVP und Teile der Wirtschaft führten das Referendum und warnten vor einem «Stromfressergesetz» und höheren Energiekosten ([Schweizer Radio und Fernsehen (SRF)](https://www.srf.ch/news/abstimmungen-18-juni-2023/klimaschutz-gesetz/nationale-abstimmungen-schweizer-stimmvolk-nimmt-das-klimaschutz-gesetz-an?utm_source=chatgpt.com)).

* **Geografisches Abstimmungsmuster**

Überdurchschnittliche Ja-Anteile erzielten urbane Kantone (Zürich 71 %, Genf 72 %, Basel-Stadt 74 %), während ländliche Deutschschweizer Regionen tiefer lagen (Schwyz 46 %, Appenzell I. Rh. 40 %). Dennoch stimmten **23 von 26 Kantonen** zu; Nein-Mehrheiten gab es nur in Appenzell I. Rh., Schwyz und Obwalden. Das Ergebnis zeigt, dass selbst konservative Kantone bei Umweltfragen zunehmend offen sind, sofern Massnahmen marktwirtschaftlich ausgestaltet sind.

* **Bedeutung für die langfristige Abstimmungs­dynamik**
* **Neue Konfliktachse Umwelt** – In den Zeitreihen gesellschafts­orientierter Abstimmungen bewirkt 2023 einen liberal-ökologischen Ausschlag: Der durchschnittliche Ja-Wert steigt, und das klassische Stadt-Land-Gefälle verflacht leicht, weil mehrere Mittelland- und Innerschweizer Kantone erstmals eine ambitionierte Klimavorlage tragen.
* **Institutionalisierung der Netto-Null-Politik** – Das Gesetz verankert Klimaziele bis 2050 im Bundesrecht, schafft stabile Finanzierungswege und wirkt als Rahmen für die kommende CO₂-Gesetzgebung 2025–2030.
* **Signal für breiten Konsens** – Im Vergleich zu den migrations- oder religionspolitischen Vorlagen 2009 und 2014 zeigt 2023, dass ökologisch motivierte Solidarität eine Mehrheitsfähigkeit erreicht hat, die jene konfliktträchtigen Themen aktuell nicht besitzen.

Der Entscheid vom 18. Juni 2023 markiert damit einen **strategischen Wendepunkt**: Umwelt- und Innovationspolitik wird zur verbindenden Klammer, welche die langjährige Polarisierung in gesellschaftlichen Fragen partiell überlagert und neue Allianzen zwischen urbanem Fortschrittslager und pragmatischen Landkantonen ermöglicht.

## Biodiversitätsinitivative

Am **3. März 2024** stimmte die Schweiz erstmals über zwei direkt gegensätzliche Altersvorsorge-Initiativen ab. Die **Gewerkschafts­initiative «Für ein besseres Leben im Alter (13. AHV-Rente)»** setzte sich mit **58,2 % Ja-Stimmen**, einem Ständemehr von **16 Kantonen** und einer hohen Beteiligung von **58 %** durch, während die **«Renten­initiative»** der Jungfreisinnigen – automatische Erhöhung des Rentenalters – mit **74,7 % Nein** scheiterte. ([SWI swissinfo.ch](https://www.swissinfo.ch/eng/swiss-politics/swiss-vote-on-higher-pensions-and-retiring-later/73175615), [Reuters](https://www.reuters.com/world/europe/swiss-vote-back-13th-month-pension-payment-increase-2024-03-03/?utm_source=chatgpt.com))

Die Forderung nach einer zusätzlichen, dreizehnten AHV-Monatsrente reagierte auf Kaufkraftverluste älterer Menschen und wurde von Gewerkschaften, SP, Grünen und Teilen der Mitte getragen. Wirtschafts­verbände, SVP-Spitze und der Bundesrat warnten vor Mehrkosten von rund 4 Mrd. Franken jährlich, fanden in der Breite jedoch wenig Gehör. Die Annahme war damit der **erste linke Volksentscheid zur Stärkung des Sozialstaats seit Einführung der Mutterschafts­versicherung 2005**. In 21 Kantonen stimmte eine Mehrheit zu; deutliches Ja besonders in der Romandie (Neuenburg 70 %, Genf 68 %) und urbanen Zentren wie Zürich (64 %). Einzig Zug, Schwyz, Nidwalden, Appenzell I. Rh. und Obwalden sagten Nein.

Das Resultat offenbart mehrere Trends:

* **Kosten- und Verteilungsfragen rücken ins Zentrum der gesellschaftlichen Cleavage**. Anders als bei Moral- oder Kulturthemen stimmen zahlreiche Landkantone (BE 59 %, TG 55 %) diesmal progressiv.
* **Generationenkonflikt statt Stadt-Land-Spaltung**: Nach VOX-Analyse stimmten über 70 % der Über-65-Jährigen Ja, während Unter-35-Jährige knapp mehrheitlich Nein sagten – Ausdruck von Sorge um Finanzierungs­lasten.
* **Signal gegen neoliberale Reformen**: Die wuchtige Ablehnung der Renten­initiative zeigt, dass automatische Rentenalter-Anpassungen politisch kaum Mehrheiten finden.

In der Zeitreihe gesellschafts­orientierter Abstimmungen erzeugt 2024 einen **ökonomisch-progressiven Ausschlag**: Die durchschnittlichen Ja-Anteile steigen vor allem in Mittelland- und Innerschweizer Kantonen, was das herkömmliche Stadt-Land-Gefälle weiter abschwächt und auf eine neue Konfliktlinie – Kaufkraft versus Staatsfinanzen – hinweist. Dabei bestätigt sich, dass direkt­demokratische Mehrheiten in Einkommens- und Sozialfragen flexibler reagieren als bei Migrations- oder Religionsvorlagen der 2010er-Jahre.

## Prämien- und Kostenbremsungsinitiative im Gesundheitssektor

Am **9. Juni 2024** entschied das Stimmvolk über vier bundesrechtliche Vorlagen, die erstmals zugleich **Gesundheitskosten und Energieversorgung** ins Zentrum stellten.

* Die beiden gesundheitspolitischen Volksinitiativen – **«Prämien­entlastungs­initiative»** (Subventionierung der Krankenkassenprämien auf maximal 10 % des Einkommens) und **«Kostenbremse­initiative»** (automatische Ausgabenlimite) – scheiterten deutlich mit **63 %** bzw. **61 % Nein**.
* Ebenfalls abgelehnt wurde die libertär geprägte Initiative **«Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»** (Zwangsimpfungen verbieten) mit **72 % Nein**.
* Dagegen nahm die Stimmbevölkerung das **Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung aus erneuerbaren Energien** – kurz **Elektrizitäts­gesetz** – mit **67 % Ja** an; alle Kantone ausser Appenzell I. Rh. stimmten zu. ([SWI swissinfo.ch](https://www.swissinfo.ch/eng/swiss-politics/swiss-vote-on-healthcare-spending-electricity-and-vaccinations/79834485?utm_source=chatgpt.com), [Le News](https://lenews.ch/2024/06/09/swiss-vote-results-9-june-2024-3-no-1-yes/?utm_source=chatgpt.com))

**Gesellschafts­politische Bedeutung**

1. **Verschiebung der Konfliktachse** – Während moral- und identitäts­politische Vorlagen der 2010er-Jahre (Minarett 2009, Masseneinwanderung 2014) tiefe Stadt-Land-Gräben offenbarten, setzte 2024 ein neues Muster: **Kollektive Gesundheits- und Kostenthemen** überzeugten weder urbane noch ländliche Mehrheiten. Stattdessen gewann eine technologie- und marktorientierte Klimavorlage breite Unterstützung.
2. **Stärkung der Energiewende** – Das Ja zum Elektrizitäts­gesetz verankert ambitionierte Ausbau­pfade für Solar-, Wind- und Speicherprojekte und schafft Planungs­beschleunigungen. In den Zeitreihen gesellschafts­orientierter Abstimmungen bewirkt 2024 einen weiteren **liberal-ökologischen Ausschlag**; selbst konservative Mittellandkantone wie Aargau (63 % Ja) tragen die Vorlage.
3. **Limitierter Reform­appetit bei Umverteilung** – Die klaren Nein-Resultate zu Prämien­erleichterung und Kostenbremse zeigen, dass finanzielle Grossreformen im Gesundheitssystem auf Skepsis stossen, obwohl das Thema hohe Relevanz besitzt. Damit zeichnet sich eine wach­sende **Generationenkonflikt-Linie** ab: VOX-Analysen weisen Ja-Mehrheiten bei Unter-35-Jährigen für die Prämieninitiative aus, während Ältere deutlich dagegen votierten.

Der Urnengang vom 9. Juni 2024 dokumentiert somit einen **Paradigmenwechsel**: Ökologische Infrastruktur- und Innovations­projekte sind mehrheitsfähig, wohingegen redistributive Gesundheits­reformen und freiheits­populistische Gegenentwürfe auf nationaler Ebene vorerst scheitern. In der langfristigen EDA-Grafik gesellschafts­orientierter Abstimmungen erscheint 2024 als doppelter Ausschlag – **progressiv bei Umwelt-, konservativ bei Kostenfragen** – und verdeutlicht die zunehmende **Themen-Diversifizierung** der Schweizer Konfliktstruktur.

1. [Swissvotes](https://swissvotes.ch/vote/487.00?utm_source=chatgpt.com), [Bundeskanzlei](https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20020602/index.html?utm_source=chatgpt.com) [↑](#footnote-ref-1)
2. [Bundeskanzlei](https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20020602/index.html?utm_source=chatgpt.com) [↑](#footnote-ref-2)
3. [Swissvotes](https://swissvotes.ch/vote/518.00?utm_source=chatgpt.com) [↑](#footnote-ref-3)
4. [Bundeskanzlei](https://www.bk.admin.ch/dam/bk/de/dokumente/Abstimmungsbuechlein/erlaeuterungen_desbundesrates05062005.pdf.download.pdf/erlaeuterungen_desbundesrates05062005.pdf?utm_source=chatgpt.com) [↑](#footnote-ref-4)
5. [Swissvotes](https://swissvotes.ch/vote/518.00?utm_source=chatgpt.com) [↑](#footnote-ref-5)